



Agroservice & Lohnunternehmerverband e. V.



An die Mitgliedsunternehmen
und Fördermitglieder

Altlandsberg, 31. Januar 2018

Mitglieder-Info 01/2018

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Aus dem Verband	
1.1. Verbandstag 2018 am 25./26. Januar 2018 in Brehna	2
2. Aus den Regionen	2
3. Agrarpolitik	2
4. Aus der Branche	7
4.1. Düngung	7
4.2. Pflanzenschutz	8
4.3. Getreide und Ölfrüchte	11
4.4. Erneuerbare Energien	14
5. Transport, Logistik, Verkehr	15
6. Sonstiges	15
7. Veranstaltungen	16

Anlagen:

- 1 Protokoll des Verbandstages 2018 in Brehna
- 2 Vorträge der Fachinformationstagung in Brehna am 26.01.2018
- 3 BVA-Quartalsbericht Nr. 04/17

1. Aus dem Verband

1.1. Verbandstag 2018 am 25./26. Januar 2018 in Brehna

An unserem traditionellen Tagungsort, dem Country Park-Hotel Leipzig/Brehna fand am 25. und 26. Januar 2018 der Verbandstag 2018 unserer berufsständischen Interessenvertretung statt.

Am ersten Tag konnten wir ca. 85 Teilnehmer aus 38 Mitgliedsbetrieben sowie von 22 Fördermitgliedern begrüßen. Nach der Absolvierung der verbandlichen Regularien konnten sich am Nachmittag die Teilnehmer auf zwei parallelen Workshops sowie der umfangreichen Posterausstellung über interessante Neuigkeiten auf Seiten der Fördermitglieder informieren.

Der Donnerstagabend wurde dann nach einem guten Essen für eine Vielzahl individueller Gespräche der Teilnehmer genutzt.

In der Fachinformationstagung am Freitagvormittag kamen drei Referenten zu Themen zu Wort, die auf die IT-Sicherheit, den Erneuerbaren-Energie-Komplex sowie auf die Agrarmeteorologie ausgerichtet waren.

Am Nachmittag konnten sich dann spezielle Interessenten im Rahmen eines zusätzlichen Fachseminars über straßenverkehrsrechtliche Probleme speziell im Bereich der organischen Dünger informieren.

Das Protokoll des Verbandstages sowie die Fachvorträge sind zu Ihrer Kenntnisnahme in den Anlagen beigefügt. Der Vortrag von Herrn Persinski vom Bundesverband Lohnunternehmen zum Verkehrsrecht wird nachgereicht.

2. Aus den Regionen

Es liegen keine aktuellen Informationen vor.

3. Agrarpolitik

GroKo: Ergebnisbericht der Sondierungsgespräche liegt vor

Nach einer Woche mit Sondierungsgesprächen legten die beteiligten Parteien aus CDU, CSU und SPD heute einen 28-seitigen Ergebnisbericht vor. Auch für den Bereich Landwirtschaft sind einige Punkte festgehalten worden. Auszüge aus Ergebnisbericht:

▪ Wirtschaft/Digitalisierung/Bürokratie

Wir wollen freien und fairen Handel in der Welt. Protektionismus lehnen wir ab und setzen vorrangig auf multilaterale Vereinbarungen. (...)

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ soll weiterhin auch und gerade die wirtschaftlichen Strukturprobleme ländlicher und städtischer Räume adressieren. Wir werden ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen entwickeln, das allen Bundesländern gerecht wird. (...)

Wir wollen den flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen bis zum Jahr 2025 erreichen. Hierfür werden wir die Erlöse aus der Vergabe der UMTS- und 5G-Lizenzen zweckgebunden bereitstellen. Dabei sollen zukünftig nur die Ausbauschnitte förderfähig sein, die mit Glasfasertechnologie ausgebaut werden. Die Lizenzvergabe werden wir mit Ausbauforderungen kombinieren, um bestehende Funklücken zu schließen und 5G dynamisch aufzubauen. Wir gehen von einem öffentlichen Finanzierungsbedarf von zehn bis zwölf Mrd. Euro in dieser Legislaturperiode aus. Dabei wollen wir Synergien mit den Ländern sicherstellen. (...)

▪ **Verkehr und Infrastruktur**

(...) Wir werden den Investitionshochlauf auf einem Rekordniveau für die Verkehrsinvestitionen mindestens auf dem heutigen Niveau fortführen. Wir werden die Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) erhöhen und dynamisieren. Wir werden ein Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz verabschieden. Damit wollen wir deutliche Verbesserungen und noch mehr Dynamik in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur, Energie und Wohnen erreichen.

▪ **Bereich: Landwirtschaft**

(...) Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Wir halten an der Saatgutreinheit fest. Ein Gentechnikanbau-Verbot werden wir bundesweit einheitlich regeln (Opt-Out-Richtlinie der EU).

Wir werden mit einer systematischen Minderungsstrategie den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln deutlich einschränken mit dem Ziel, die Anwendung so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden. Dazu werden wir gemeinsam Alternativen im Rahmen einer Ackerbaustrategie entwickeln und unter anderem umwelt- und naturverträgliche Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln regeln.

(...)

Wir sorgen für eine bessere Transparenz der Zulassungsverfahren für Wirkstoffe und Pflanzenschutzmittel auf EU- und nationaler Ebene. (...)

Damit ist der Weg frei für Koalitionsverhandlungen. Über weitere Ergebnisse und mögliche Auswirkungen informieren wir zeitnah über unsere Rundschreiben und das BVA-Info.

EU-Agrarpolitik vereinfachen: Änderungen gelten ab 1. Januar

Am 1. Januar 2018 wird eine Reihe von Änderungen in Kraft treten, durch die die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) weiter vereinfacht und modernisiert werden soll. Die sogenannte Omnibus-Verordnung vereinfacht und ergänzt bestehende EU-Vorschriften für eine Vielzahl landwirtschaftlicher Themen, vom Risikomanagement bis hin zur Unterstützung für Junglandwirte, und ist das neueste Kapitel in einer Reihe von Modernisierungs- und Vereinfachungsmaßnahmen der EU-Kommission.

Zu den wichtigsten in der Omnibus-Verordnung (PDF, engl.) enthaltenen Verbesserungen gehören:

- Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette. Gemäß den neuen Vorschriften kann außerdem jeder Erzeugnissektor künftig eigene Klauseln zur Werteteilung aushandeln und die Landwirte haben erstmals das Recht, einen schriftlichen Vertrag zu verlangen, außer beim Handel mit Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU).
- Einfachere Risikomanagement-Instrumente zur Unterstützung der Landwirte, einschließlich eines sektorspezifischen Einkommensstabilisierungs-Instruments und verbesserte Versicherungsregelungen durch die Landwirte, deren Erzeugung oder Einkommen um mindestens 20 % niedriger ausfällt, einen Ausgleich in Höhe von bis zu 70 % erhalten können.
- Klarere Vorschriften für Interventionen auf den Märkten, damit die Kommission schnell handeln und auf Marktversagen reagieren kann, ohne auf öffentliche Interventionen oder Maßnahmen der privaten Lagerhaltung zurückgreifen zu müssen.
- Mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten, bestimmte wirtschaftlich, sozial oder ökologisch wichtige Sektoren durch fakultative gekoppelte Stützung zu fördern, auch wenn sie nicht in einer Krise sind.

- Klarere Vorschriften für die Unterstützung der Landwirte, insbesondere durch eine flexiblere Handhabung des Begriffs des aktiven Betriebsinhabers und stärkere Anreize für Junglandwirte. Hierzu werden die zusätzlichen Zahlungen von 25 auf 50 % erhöht, und allen Junglandwirten wird garantiert, dass sie volle fünf Jahre Anspruch auf diese Zahlungen haben, unabhängig davon, wann sie diese Zahlungen innerhalb der ersten fünf Jahre nach Betriebsgründung beantragen.
- Verbesserte Umweltmaßnahmen, einschließlich einfacherer Vorschriften für die Anbaudiversifizierung und der Hinzunahme von drei neuen Arten ökologischer Vorrangflächen mit Schwerpunkt auf stickstoffbindenden Pflanzen, sodass die Landwirte und die nationalen Behörden mehr Spielraum zur Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse haben.

BMUB Agrarkongress 2018: Gesellschaftsvertrag für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher

Am 16. Januar 2018 debattierten verschiedene Interessengruppen im Rahmen des zweiten BMUB-Agrarkongresses über eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Die geschäftsführende Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat im Rahmen des zweiten BMUB-Agrarkongresses ihre Vorstellungen für einen breiten gesellschaftlichen Agrar- und Umweltkonsens skizziert. Ihr Ansatz ist, dass nur mit einem solchen Konsens die Umwelt- und Akzeptanzprobleme der Landwirtschaft gelöst und gleichzeitig den Landwirtinnen und Landwirten eine sichere Zukunft geben werden könnte. Auf dem Kongress wurde auch eine Expertise zu einem Gesellschaftsvertrag für eine zukunftsfähige Landwirtschaft vorgestellt, die im Auftrag des BMUB erarbeitet wurde.

Der geschäftsführende Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt betonte in seinem Grußwort in diesem Zusammenhang, dass ein Gesellschaftsvertrag auch beinhalten sollte, dass die Gesellschaft die Landwirtschaft bei der Umsetzung der gesellschaftlichen Anforderungen nicht allein lässt. „Landwirtschaft muss in Deutschland auch ökonomisch möglich bleiben“, so Schmidt.

Der Deutsche Bauernverband (DBV) forderte Realismus beim Erkennen und Lösen der Probleme und einen respektvollen Umgang miteinander als Leitmotive für einen zukunftsfähigen Gesellschaftsvertrag. „Fundament eines Gesellschaftsvertrages sollte das Ziel einer nachhaltigen Landwirtschaft sein, die hochwertige Lebensmittel produziert, gesellschaftlich getragen, ökologisch verantwortlich und marktorientiert ist.“, erklärte DBV-Umweltexperte Steffen Pingen.

Die Diskussionsbeiträge der anwesenden praktischen Landwirte zeigten, dass die Bereitschaft besteht neue Wege in der landwirtschaftlichen Praxis zu beschreiten, wenn diese für die Betriebe umsetzbar und ökonomisch tragfähig sind. Die Landwirte sind bereit, sich mit veränderten Ansprüchen von Verbrauchern und Gesellschaft offen auseinanderzusetzen.

Landwirtschaftliche Gesamtrechnung: Produktionswert steigt um fast 7 %

Nach den ersten Schätzungen in der vom Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL) aus Bonn veröffentlichten Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung lag der Produktionswert der deutschen Landwirtschaft im vergangenen Kalenderjahr bei gut 56,8 Mrd. Euro. Im Vergleich zu 2016 ist das ein Plus von 6,7 %. Die Produktionswerte der tierischen und pflanzlichen Erzeugung lagen mit 27,3 Mrd. Euro beziehungsweise 26 Mrd. Euro kaum auseinander. Der Wert der tierischen Produktion erhöhte sich allerdings

aufgrund der Erholung der Milchpreise deutlich stärker als der in der pflanzlichen Erzeugung erzielte Betrag.

Dem BZL zufolge entfielen von der gegenüber dem Vorjahr im Wert um fast 3,4 Mrd. Euro gestiegenen tierischen Erzeugung auf die Tierproduktion 14,6 Mrd. Euro; das waren 6 % mehr als 2016. Die Produktion von tierischen Erzeugnissen erreichte 2017 gemäß den ersten Schätzungen einen Gesamtwert von 12,7 Mrd. Euro, womit das Vorjahresniveau um 25 % übertroffen wurde. Dabei sei die erzeugte Menge im Vergleich zu 2016 fast konstant geblieben, stellte das BZL fest. Der Grund für den Anstieg liege in höheren Erzeugerpreisen. Die Milcherzeugung sei mit knapp 11,3 Mrd. Euro die größte Position bei den tierischen Erzeugnissen.

Für die pflanzliche Erzeugung weist das Bundesinformationszentrum Landwirtschaft einen Wertzuwachs gegenüber 2016 um 284 Mio. Euro oder 1,2 % aus. Die für 2017 ermittelte Getreideernte habe 45,6 Mio. t betragen und sei mit der Vorjahresernte vergleichbar, stellte der Informationsdienstleister dabei fest. Der durchschnittliche Verkaufserlös für Getreide liege für die erste Schätzung bei 147 Euro/t und damit nahe am Vorjahreswert.

DBV-Situationsbericht: Einkommen der Landwirte leicht gestiegen

„Im Wirtschaftsjahr 2016/17 hat sich die wirtschaftliche Situation der deutschen Landwirtschaft in wichtigen Betriebszweigen erholt. Das Gewinnniveau vor den beiden vorangegangenen Krisenjahren wird allerdings noch deutlich verfehlt.“ Dies bilanzierte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, bei der Vorstellung des DBV-Situationsberichtes 2017/18.

Nach dem Bericht haben sich im Durchschnitt die Unternehmensergebnisse der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2016/17 um etwa ein Drittel auf 56.800 Euro je Betrieb verbessert. Dies seien 38.900 Euro je Arbeitskraft, was einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3.200 Euro entspricht. Davon müssen vor Steuern monatlich noch ca. 630 Euro für die Landwirtschaftliche Alters- und Krankenversicherung und die existenzsichernden Neuinvestitionen aufgewendet werden.

Rukwied erklärte, dass die Betriebe sich nach der Krise vor allem wieder Liquidität aufgebaut haben. Die Bruttoinvestitionen gingen deshalb um 11 % auf 51.200 Euro zurück. Mit durchschnittlich 12.500 Euro wurde wieder Eigenkapital gebildet, nach den beiden Vorjahren mit negativer Eigenkapitalveränderung. Rukwied geht momentan von einer weiteren Stabilisierung im laufenden Wirtschaftsjahr 2017/18 aus.



Der Produktionswert der deutschen Landwirtschaft wird im Kalenderjahr 2017 auf 57,1 Mrd. Euro steigen, also um 8 % gegenüber Vorjahr. Ursache sind hauptsächlich die Entwicklungen in den Märkten der tierischen Produkte. Die Ackerbaubetriebe konnten ihr Unternehmensergebnis je Landwirt mit 40.700 Euro nicht verbessern. Vor allem niedrige Getreideernten und Erzeugerpreise sorgten im Wirtschaftsjahr 2016/17 bei vielen Betrieben sogar für einen leichten Rückgang der Unternehmensergebnisse. In den Vorjahren hatten die Ackerbaubetriebe Gewinneinbußen von 14 %

(2015/16) und 17 % (2014/15) erlitten.

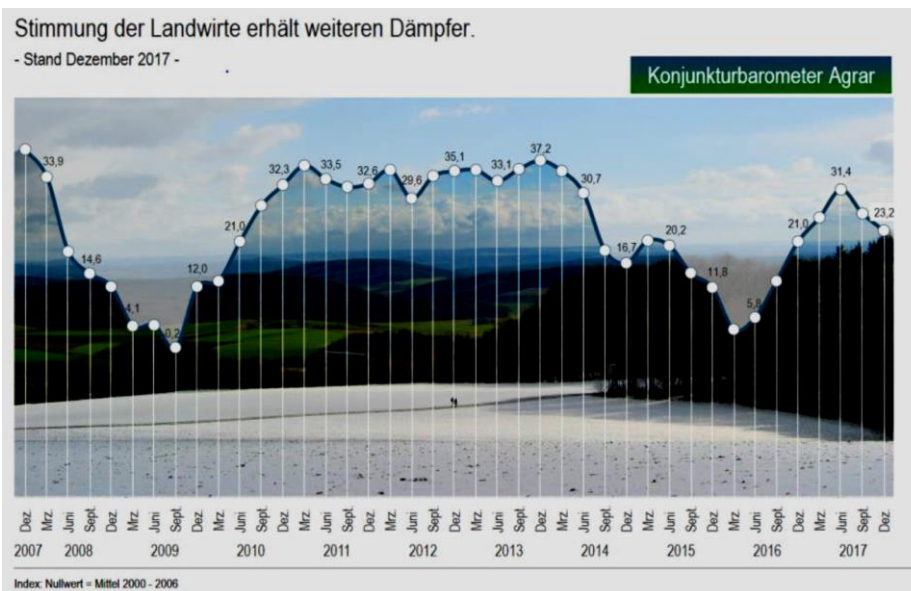
Stabil haben sich die Unternehmensergebnisse der Öko-Betriebe entwickelt. Die Bio-Bauern hatten jedoch Kostensteigerungen für Arbeit und Unterhaltungen. Da sich die Erzeugerpreise für Bio-Produkte auf gutem Niveau wenig verändert haben, erwirtschafteten die Öko-Betriebe ein fast unverändertes Unternehmensergebnis je Familienarbeitskraft von 51.100 Euro (minus 2 %). Einzuzurechnen ist, dass Bio-Betriebe mit durchschnittlich 23.200 Euro höhere Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen und Prämien für den ökologischen Landbau erhalten (3.800 Euro vergleichsweise alle Betriebe).

Die Agrargenossenschaften der neuen Bundesländer erzielten einen Jahresüberschuss von 16.000 Euro, im Vorjahr verzeichneten sie noch einen Fehlbetrag von 88.000 Euro. Die durchschnittlich 23,7 Vollarbeitskräfte je Agrargenossenschaft erwirtschafteten 32.800 Euro je Arbeitskraft.

Die Nebenerwerbsbetriebe erzielten 2016/17 ein Unternehmensergebnis von 11.800 Euro und damit rund 1.000 Euro weniger als im Vorjahr. Vor allem die Tierhaltung ist in den Betrieben zurückgegangen.

DBV: Wirtschaftliche Stimmung der Landwirtschaft erhält weiteren Dämpfer

Die wirtschaftliche Stimmung der deutschen Landwirte hat im Dezember 2017 einen weiteren Dämpfer erhalten. Ursache dafür sind nach den neuesten Daten des Konjunkturbarometer Agrar des Deutschen Bauernverbandes (DBV) pessimistischere Zukunftserwartungen. Dagegen ist die Beurteilung der aktuellen wirtschaftlichen Lage seit Mitte 2017 nahezu unverändert geblieben. Die Investitionsbereitschaft der deutschen Landwirte hat wieder zugenommen. Gleichwohl liegt das für die kommenden Monate geplante Investitionsvolumen deutlich unter dem Stand der Jahre vor der Preiskrise 2015/16.



Aktuell ist der Index des Konjunkturbarometer Agrar gegenüber der vorangegangenen Erhebung aus September 2017 von 26,6 Punkten auf 23,2 Punkte gefallen. Der aktuelle Indexwert liegt damit um 2,2 Punkte höher als im Dezember 2016, bleibt aber deutlich hinter den relativ hohen Werten aus der Zeit von 2011 bis 2014 zurück. In der Spitze wurden seinerzeit 37,2 Punkte erreicht. Der Indexwert fasst die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung und die Erwartungen an die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zusammen.

32 % der Landwirte wollen in den kommenden sechs Monaten investieren; vor einem Jahr waren es 29 %. Das für die nächsten sechs Monate geplante Investitionsvolumen liegt bei 4,0 Mrd. Euro, 0,4 Mrd. Euro mehr als ein Jahr zuvor. Das relativ hohe Investitionsniveau der Jahre 2013 und 2014 mit einem geplanten Investitionsvolumen

von entsprechend gut 6 Mrd. Euro wird damit aber nicht erreicht. Aus Sicht des DBV sichern Investitionen in eine leistungsfähige Landwirtschaft auch viele Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen.

Das Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar wird vierteljährlich im Auftrag des DBV, des VDMA Fachverbandes Landtechnik und der Landwirtschaftlichen Rentenbank in einer repräsentativen Umfrage ermittelt. Zur aktuellen Runde im Dezember 2017 befragte dazu das Marktforschungsinstitut Produkt + Markt rund 2.100 Landwirte und Lohnunternehmer in ganz Deutschland.

4. Aus der Branche

4.1. Düngung

UFOP-Studie: Neues Düngerecht bringt mehr Konkurrenz für Raps in der Fruchtfolge

Im Mai bzw. Juni 2017 sind die neuen Regelungen des Düngegesetzes und der Düngeverordnung in Kraft getreten, die zukünftig die gute fachliche Praxis bei der Anwendung von Düngemitteln regeln. Ziel ist die Verminderung von Risiken des Stickstoffeintrags im Grundwasser zur Erfüllung der Anforderungen gemäß der EU-Nitratrichtlinie sowie der NEC-Richtlinie zur Reduzierung der Ammoniak-Emissionen.

Vor diesem Hintergrund hatte die Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e.V. (UFOP) die Hanse Agro Unternehmensberatung GmbH mit der Erstellung einer Studie zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit und der Treibhausgasbilanz von Fruchtfolgen mit und ohne Raps beauftragt und zwar unter Berücksichtigung der neuen Düngeverordnung. Differenziert nach typischen regionalen Standorten und für diese Standorte repräsentative Fruchtfolgesysteme wurde die Wirtschaftlichkeit des Rapsanbaus bzw. der Fruchtfolge-systeme untersucht. Maßgabe waren die Rahmenbedingungen der novellierten Düngeverordnung einschließlich der Verwendung von organischem Dünger (Gülle).

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich deutschlandweit der Ackerbau in den kommenden Jahren verändern wird. Zur Erfüllung der Anforderungen der Düngeverordnung werden Fruchtfolgen deutlich vielfältiger ausgestaltet sein müssen. Die Studie ermöglicht im Hinblick auf die regional sehr unterschiedlichen bzw. typischen Standortanforderungen eine Differenzierung der Fruchtfolgesysteme bei der Wahl der Hauptkulturen.

Die Untersuchung stellt eine deutschlandweite Betrachtung vor, differenziert nach guten bzw. Grenzstandorten sowie Mittelgebirgs- und Übergangslagen. Für die Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit wurde die Grundrente der Fruchtfolgen ermittelt und neben dem Ertrag insbesondere Düngung, Pflanzenschutz und Bodenbearbeitung an die jeweilige Rotation angepasst. Die N-Düngemenge wurde entsprechend dem Bedarfswert festgelegt, wobei für jede Fruchtfolge zwei Varianten betrachtet wurden: rein mineralische Düngung und mineralisch organische Düngung. Der umfassende Anhang der Studie ermöglicht einen vertiefenden Einblick in die auf die regionalen Ansprüche bezogenen Anforderungen des landwirtschaftlichen Betriebes für die Fruchtfolgegestaltung. Die Studie liefert damit wichtige praxisrelevante Hinweise für die zukünftige Ausgestaltung der Fruchtfolgen unter Berücksichtigung der Restriktionen der Düngeverordnung.

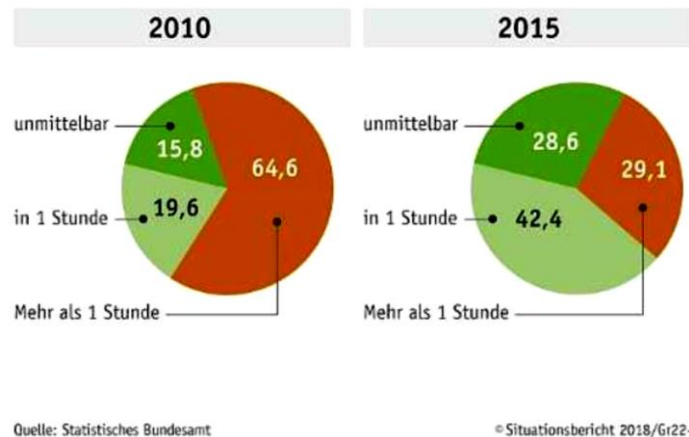
Die Studie steht als Download kostenfrei zur Verfügung unter: <https://www.ufop.de/medien/downloads/agrar-info/forschung/> und kann hier direkt heruntergeladen werden.

DBV-Klimastrategie: Schnelleinarbeitung von Gülle und neue Fütterungsstrategien sollen es richten

Nach Angaben des Deutschen Bauernverbandes e. V. (DBV) wurden seit 1990 die Treibhausgas-Emissionen aus der Landwirtschaft um 16 % gesenkt. Die deutsche

Landwirtschaft selbst sei klimaeffizienter geworden und helfe anderen Sektoren beim Klimaschutz, erklärte der Umweltbeauftragte des DBV und Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd, Eberhard Hartelt in der DBV-Presskonferenz. Emissionen seien verringert worden, obwohl gleichzeitig Erträge verbessert wurden. Die CO₂-Vermeidungsleistung durch Bioenergie konnte weiter ausgebaut werden. Doch trotz angestrebter Energiewende fehlt augenblicklich der politische Rückenwind für erfolgreichen Klimaschutz durch Bioenergie.

Einarbeitungszeiten flüssiger Wirtschaftsdünger auf unbestelltem Ackerland oder Stoppeln, Anteile in Prozent



In der jetzt vorgelegten Klimastrategie 2.0 hält der DBV grundsätzlich an seinen Klimaschutzzielen fest, plant aber Anpassungen in der Strategie. Demnach sollen weniger Methan von Wiederkäuern und weniger Lachgas aus der Düngung in die Atmosphäre gelangen.

Erreicht werden sollen diese Ziele durch eine andere Fütterung und eine stärkere Verwendung von Gülle in Biogasanlagen. Außerdem könnte mehr Gülle direkt beim Ausbringen in den Boden eingearbeitet werden, das senke die Emissionen ebenfalls. Hintergrund ist nach Aussage des DBV, dass die Bauern vom Klimawandel stark betroffen seien, jedes Jahr nähmen Wetterschwankungen und Starkregen spürbar zu.

Gülle, Gärreste aus Biogasanlagen und Mist sind wertvolle Dünger mit wichtigen Nährstoffen für die Pflanzen. Der Boden wird zudem mit organischen Substanzen zum Aufbau von hochwertigem Humus und Bodenfruchtbarkeit versorgt; Bodenleben wird gefördert. Das sind nach Ansicht des DBV wichtige Elemente der Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft. Der DBV verweist auf aktuelle Daten aus der letzten Agrarstrukturerhebung. Demnach wurden 2015 in Deutschland rund 208 Mio. Kubikmeter Gülle als Dünger ausgebracht, 17 Mio. Kubikmeter mehr als 2010.

Durch eine zügige Einarbeitung der Gülle bzw. der Gärreste in den Boden werden Emissionen der Stickstoffverbindung Ammoniak deutlich gesenkt. So haben die Landwirte innerhalb von fünf Jahren ihre Arbeitsweise bei der Gölledüngung deutlich verändert und den umweltpolitischen Erkenntnissen angepasst: Laut Agrarstrukturerhebung wurden 2015 über 70 % der Gülle sofort oder innerhalb einer Stunde eingearbeitet. Gegenüber 2010 wurde damit doppelt so viel Gülle unmittelbar eingearbeitet (29 %) bzw. innerhalb einer Stunde (42 %). Im Gegenzug dazu halbierte sich die Menge, deren Einarbeitung länger als eine Stunde benötigte, und zwar von 65 % in 2010 auf 29 % in 2015. Mist wurde nach letztem Stand zu 66 % binnen vier Stunden eingearbeitet. Dieser Trend der Emissionsminderung wird nach Einschätzung des Deutschen Bauernverbandes in den kommenden Jahren weitergehen.

4.2. Pflanzenschutz Europäisches Parlament plant Sonderausschuss

Im Europäischen Parlament soll als Reaktion auf Bedenken, die im Zusammenhang mit der Wirkstoffgenehmigung für Glyphosat aufgeworfen wurden, ein Sonderausschuss eingesetzt werden. Der Sonderausschuss soll das europäische Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel bewerten und prüfen wo möglicherweise Fehler bei der wissenschaftlichen Bewertung der Wirkstoffe drohen. Darüber hinaus soll er die Rolle der Europäischen Kommission hinsichtlich folgender Fragen prüfen:

- Gibt es bei der Erneuerung der Wirkstoffgenehmigung für Glyphosat mögliche Interessenkonflikte im Genehmigungsverfahren?
- Welche Rolle spielen die EU-Agenturen?
- Sind die EU-Agenturen ausreichend mit Personal und Finanzen ausgestattet, um ihren Verpflichtungen nachzukommen?

Geplant ist es, den Sonderausschuss mit 30 Mitgliedern für die Dauer von neun Monaten einzurichten. Abschließend soll er einen vom Plenum zu genehmigenden Bericht über seine Erkenntnisse und Empfehlungen vorlegen. Bevor der Sonderausschuss mit seiner Arbeit beginnen kann, müssen noch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments der Einrichtung dieses Sonderausschusses in der Plenarsitzung vom 5. - 8. Februar 2018 zustimmen.

EFSA-Bericht zu Neonikotinoiden: Veröffentlichung verschoben auf Februar 2018

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) wird die überarbeitete Vorlage ihrer Risikobewertung der drei neonikotinoiden Wirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam für die Bienen erst im Februar 2018 vorlegen. Das gab die EU-Behörde bekannt.

Geplant war die Veröffentlichung des Berichtes für diesen Monat. Der Leiter des EFSA-Referats für Pflanzen-schutzmittel, José Tarazona, begründete die Verschiebung mit der großen Anzahl an zusätzlichen Informationen, die der Aufruf zur Einreichung von Daten erbracht habe.

Erst Sachlage klären

„Während der Konsultation mit Experten aus den Mitgliedstaaten wurden weitere Aspekte angesprochen, und wir wollen nun sicherstellen, dass diese Partner Gelegenheit haben, sich die überarbeiteten Bewertungen anzuschauen, bevor wir unsere Schlussfolgerungen fertigstellen“, erklärte Tarazona.

Die Europäische Kommission hatte 2013 aufgrund der von der EFSA zuvor durchgeführten Risikobewertungen erhebliche Einschränkungen für die Verwendung von Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam verhängt. Im März dieses Jahres zirkulierte in Brüssel ein internes Kommissionsdokument, wonach die Behörde mit der Ausnahme für Gewächshäuser ein komplettes Anwendungsverbot für Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam plant.

Nur geringe Mengen zu hoher Rückstände in Lebensmitteln

Lebensmittel, die in Deutschland und in der EU erzeugt werden, enthalten nur selten zu hohe Rückstände an Pflanzenschutzmitteln. Im Jahr 2016 wurden bei 1,7 % (Deutschland) bzw. bei 1,6 % (andere EU-Staaten) der untersuchten Erzeugnisse Überschreitungen der Rückstandshöchstgehalte festgestellt. Die Quote stieg damit zwar leicht gegenüber dem Vorjahr an, bestätigt aber das seit Jahren niedrige Niveau an Überschreitungen.

Dies geht aus der „Nationalen Berichterstattung Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln 2016“ hervor, die das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) veröffentlicht hat. Bei 54 von 135 Lebensmittelgruppen (mit mindestens zehn Proben) konnten in keiner der untersuchten Proben Überschreitungen

der Rückstandshöchstgehalte festgestellt werden. Der Rückstandshöchstgehalt ist die Menge an Pflanzenschutzmittelrückständen, die bei ordnungsgemäßer Anwendung nicht überschritten werden sollte. Eine Überschreitung eines Rückstandshöchstgehalts ist nicht gleichbedeutend mit einer Gesundheitsgefahr für die Verbraucher.

Die Untersuchungsergebnisse der Bundesländer zeigen: Bei häufig verzehrten Lebensmitteln wie Äpfeln, Karotten, Kartoffeln und beliebten saisonalen Erzeugnissen wie Erdbeeren oder Spargel sind seit Jahren kaum oder gar keine Rückstandshöchstgehaltsüberschreitungen festzustellen. Bei Bohnen und frischen Kräutern sind allerdings regelmäßig die meisten Überschreitungen (mindestens 100 Proben) festzustellen, so auch 2016. Während sich die Quote bei Bohnen (mit Hülsen) jedoch deutlich reduziert hat (2015: 7,6 %, 2016: 2,2 %), ist diese bei frischen Kräutern mit 5,6 % auf hohem Niveau geblieben (2015: 6,0 %). Negative Spitzenreiter bei den Überschreitungen im Jahr 2016 sind wilde Pilze (12,4 %) sowie Johannisbeeren (9,5 %).

Zu den Wirkstoffen mit den häufigsten Überschreitungen gehörten wie im Vorjahr Kupfer (2,6 %), Fosetyl (1,3 %), Quecksilber (1,4 %) und Acetamiprid (0,9 %). Kupfer ist auch als Futtermittelzusatzstoff zugelassen und überschreitet daher häufig in Rinder- und Schafsleber den Rückstandshöchstgehalt, der für die zulässigen Pflanzenschutzmittelanwendungen bei pflanzlichen Erzeugnissen ausgelegt ist.

Bei Glyphosat kam es 2016 zu 11 Überschreitungen bei einer Probenzahl von 4.058 Proben (0,3 %). Hierbei handelte es sich in sechs Fällen um Honig (davon fünf Proben aus Deutschland), in vier Fällen um Buchweizen und in einem Fall um Hirsekörner.

Markt für Pflanzenschutzmittel geht auch 2017 weiter zurück

Der Pflanzenschutzmittelmarkt in Deutschland ist im dritten Jahr in Folge zurückgegangen. Im Direktgeschäft mit dem Großhandel erzielten die im Industrieverband Agrar (IVA) organisierten Unternehmen der deutschen Pflanzenschutz-Industrie 2017 einen Umsatz von 1,385 Mrd. Euro (2016: 1,415 Mrd. Euro). Das bedeutet ein Minus von 2,1 % gegenüber dem Vorjahr, wie der IVA mitteilte.

Zur Diskussion um den Wirkstoff Glyphosat präsentierte das Agrar-Marktforschungsunternehmen Kleffmann Groups die aktuellen Verbrauchszahlen. Nach deren Analyse ist der Glyphosat-Verbrauch im Jahr 2017 abermals um 6 % zurückgegangen. Gegenüber dem Peak von 2012 setzten die Landwirte in Deutschland im vergangenen Jahr sogar 43 % weniger ein.

Der IVA kritisierte erneut die zögerliche Bearbeitung von Zulassungsanträgen für neue Pflanzenschutzmittel. Zwar sei Bewegung in die Frage gekommen, nachdem Gutachter im Auftrag der Europäischen Kommission in einem Ende 2016 veröffentlichten Audit festgestellt hatten, dass seit Inkrafttreten der EU-Pflanzenschutzverordnung 1107/2009 in Deutschland noch kein Zulassungsantrag in der vorgesehenen gesetzlichen Frist beschieden wurde, aber der Zulassungstau sei längst noch nicht abgebaut, er wachse jetzt nur langsamer, so der der IVA.

BVL zu Schutzausrüstungen: Pflanzenschutzmittel ausbringen in Fahrzeugen mit Überdruckkabinen

Mit der Zulassung legt das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) für jedes Pflanzenschutzmittel die erforderliche Schutzausrüstung für Anwender fest (Schutzanzug, Schutzhandschuhe, Atemschutz). Werden Pflanzenschutzmittel mittels Fahrzeugen mit geschlossenen Überdruckkabinen ausgebracht, kann auf die vorgeschriebene Schutzausrüstung bei der Ausbringung verzichtet werden.

Mit einem entsprechenden Kennzeichnungstext (kodiert als SB199), der auf den Packungen der Pflanzenschutzmittel abgedruckt ist, weist das BVL darauf hin, dass die Schutzausrüstung in Überdruckkabinen nicht erforderlich ist. Selbstverständlich können diese Pflanzenschutzmittel auch mit Fahrzeugen ohne Überdruckkabinen ausgebracht

werden, dann ist jedoch die vorgeschriebene Schutzausrüstung auch innerhalb der Kabine anzulegen.

4.3. Getreide und Ölfrüchte IGC schätzt weltweite Getreideernte erneut höher ein

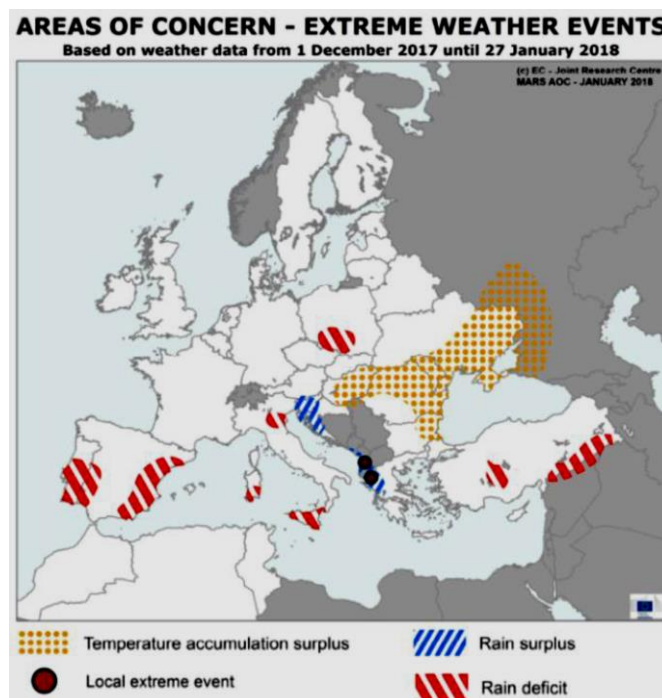
Der Internationale Getreiderat (IGC) hat seine Schätzung für die weltweite Getreideerzeugung im Wirtschafts-jahr 2017/18 erneut heraufgesetzt. Das Plus von 21 Mio. t auf nun insgesamt 2,1 Mrd. t geht vor allem auf das Konto von Weizen und Mais. Damit soll die weltweite Getreideproduktion nur noch um 2 % unter dem Rekord der Vorsaison liegen. Den globalen Getreideverbrauch veranschlagt der IGC 2017/18 nun 3 Mio. t niedriger auf 2,104 Mrd. t. Der weltweite Getreidehandel soll mit 360 Mio. t einen neuen Rekordwert erreichen.

Die weltweiten Getreidebestände schätzt der IGC zum Ende der Saison mit 617 (plus 121) Mio. t deutlich höher ein als noch im November. Das entspricht zum ersten Mal seit fünf Jahren einem Rückgang von 5 Mio. t der Bestände auf Jahressicht. Die Prognose für die weltweite Weizenproduktion 2017/18 liegt nun um 8 Mio. t höher bei 757 Mio. t. Der weltweite Verbrauch soll mit 744 Mio. t aber nur leicht zunehmen, die Weizenbestände steigen daher zum Ende der Saison voraussichtlich auf 254 Mio. t.

Die weltweite Maisproduktion schätzt der IGC aktuell auf 1,054 Mrd. t und damit 14 Mio. t höher als im November. Der weltweite Maisverbrauch übersteigt mit 1,068 Mrd. t weiterhin deutlich die Erzeugung. Die Bestände zum Saisonende wurden gegenüber dem November nach den Korrekturen in China um 116 Mio. t auf 322 Mio. t erhöht.

Wintergetreide: Stand der Saaten in Europa

Aufgrund des bisher milden Winters in weiten Teilen Europas ist die Winterhärte des Getreides in diesem Jahr sehr schwach ausgeprägt. Dies gelte vor allem für ein Gebiet nördlich und südlich des Schwarzen Meers bis nach Ungarn, wo die Temperaturen in diesem Winter am mildesten gewesen seien, teilte die EU-Prognoseeinheit MARS (Monitoring Agricultural ResourceS) in ihrem aktuellen Bericht mit. Bisher seien in diesen Gebieten nur sehr geringe Frostschäden aufgetreten und bislang deuten die Wetterprognosen auch nicht auf einen extremen Wintereinbruch und damit auf eine dramatische Verschlimmerung der Situation hin.



Weiter nördlich ist die Winterhärte besser ausgebildet, hieß es in dem MARS-Bericht. Das sei in weiten Teilen Skandinaviens der Fall sowie in den nördlichen und östlichen Teilen Russlands. In der Ukraine ist es unterdessen in den vergangenen Tagen kälter geworden. Gleichzeitig liege nun aber eine schützende Schneedecke auf den Pflanzen, die die Gefahr von Winterkill reduziert.

Globale Weizenernte: USDA rechnet mit steigenden Erträgen für 2017/18

Nach der aktuellen Prognose des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums (USDA) steigt die weltweite Weizenproduktion 2017/18 auf 755,2 Mio. t. Das bedeutet einen Anstieg von 3 Mio. t gegenüber dem Vormonat. Die Prognose für die EU-Weizenproduktion schätzt das USDA auf 152,5 (plus 1) Mio. t. Für die weltweiten Weizenausfuhren veranschlagen die Analysten aktuell 182 (plus 1,6) Mio. t. Gestiegen ist auch die Prognose für den globalen Weizenverbrauch. Das USDA rechnet mit 742 Mio. t, das ist eine Erhöhung von gut 2 Mio. t gegenüber dem Vormonat.

Wasde-Bericht: USDA Schätzung Dezember 2017

in Mio. t	2017/18 Dezember	2017/18 November	2016/17 gesamt	2015/16 gesamt	2017/18 Endbestände	2016/17 Endbestände
Getreide gesamt	2.562,59	2.555,72	2.606,66	2.468,06	641,38	655,74
Weizen	755,21	751,98	753,61	735,26	268,42	255,33
Mais	1.044,75	1.043,90	1.075,55	973,45	204,08	227,34
Ölsaaten gesamt	579,54	578,82	573,69	520,87	110,80	108,40
Soja	348,47	348,89	351,32	313,77	97,90	96,62

Maisproduktion steigt ebenfalls

Das USDA schätzt die weltweite Maisproduktion 2017/18 auf 1,045 Mrd. t, das entspricht einer Erhöhung von knapp 800.000 t gegenüber November. Den Verbrauch sieht das US-Landwirtschaftsministerium bei 1,068 Mrd. t und entspricht einem Plus von 1,4 Mio. t. Die weltweiten Endbestände schätzten die Analysten etwas höher auf 204,1 Mio. t. Für die weltweite Ölsaaternte veranschlagt das USDA aktuell 579,5 Mio. t; das entspricht einer Steigerung von 0,7 Mio. t gegenüber dem Vormonat. Verantwortlich dafür ist unter anderem eine höhere weltweite Rapsproduktion, die das Ministerium um 0,8 Mio. auf 72,9 Mio. t anheb. Die Schätzung der globalen Sojavorräte für 2017/18 hob das USDA um 0,4 Mio.t auf 98,3 Mio. t an.

EU-Getreideernte: FAS schätzt höhere Produktion

Der Auslandsdienst des US-Agrarministeriums (FAS) geht in seiner aktuellen Prognose für die EU-Getreideernte im Wirtschaftsjahr 2017/18 (Juli bis Juni) von 304 Mio. t aus. Das entspricht einer Erhöhung um 2 Mio. t und bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Erntemenge für Getreide um 6,4 Mio. t. Die Prognose für die EU-Weizenernte liegt nach Angaben des Auslandsdienstes um 1 Mio. auf 152,5 Mio. t höher als bei der letzten Schätzung. Das entspricht einer Erhöhung von 7,5 Mio. t gegenüber 2016/17, in Relation zu 2015/16 sind es 8 Mio. t weniger. Für die EU-Weizenexporte 2017/18 veranschlagt der FAS 27,5 Mio. t und liegt damit leicht hinter der Schätzung des USDA (28,5 Mio. t). Für die EU-Maisproduktion 2017/18 erwartet der FAS eine Erhöhung um 1 Mio. auf 60,5 Mio. t, das entspricht 1 Mio. t weniger als im Vorjahreszeitraum.

Grain Club: Importsoja ist nicht im großen Maßstab ersetzbar

Den Import von Soja aus Übersee durch heimischen Anbau ersetzen zu können, das schätzen die Experten des Grain Club als unrealistisch ein. Der Vorsitzende der Sektion „Markt und Gemeinsame Agrarpolitik“ beim EU-Dachverband des Getreidehandels

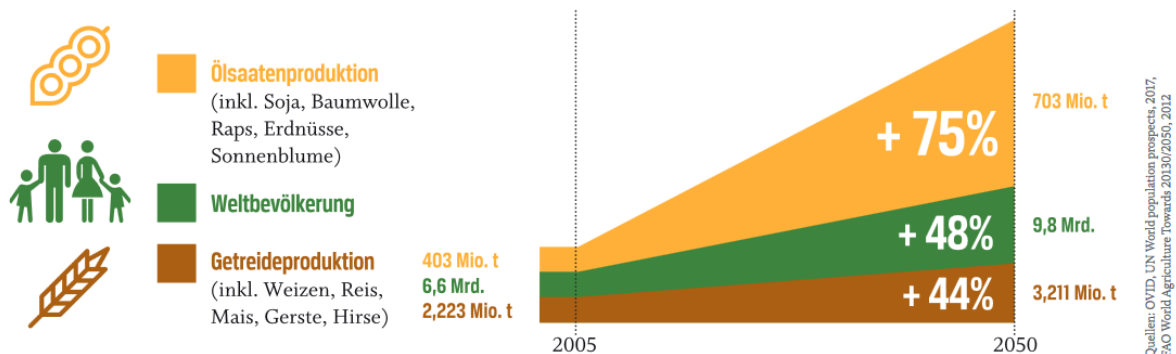
(COCERAL), Dr. Oliver Balkhausen, wies bei der Pressekonferenz des Grain Club am 17.01.2018 in Berlin darauf hin, dass allein für die Versorgung des deutschen Futtermittelmarktes jährlich rund 7 Mio. t Rohprotein nötig seien, wovon Sojaschrot rund 28 % ausmache. Der daraus resultierende Importbedarf entspreche gut 4,2 Mio. t im Jahr.

Ein Ersatz durch in Europa erzeugte Leguminosen beziehungsweise Ölsaaten wäre nach Einschätzung von Balkhausen unrealistisch, da dies beispielsweise die zusätzliche Erzeugung von rund 9 Mio. t Raps erfordern würde. Dabei stoße der Rapsanbau schon heute in vielen EU-Staaten an seine Grenzen, berichtete der Fachmann. Auch die Erzeugung von Erbsen, Ackerbohnen und Soja könne in Europa zumindest ohne hohe Subventionen nicht so weit gesteigert werden, dass ein umfangreicher Verzicht auf Importe vom Weltmarkt möglich sei. Dies spreche aber nicht gegen einen weiteren Ausbau dieser Alternativen, so Balkhausen.

Auch eine Substitution von Soja durch Insektenprotein dürfte laut Prof. Wilhelm Windisch von der Technischen Universität München-Weihenstephan in den nächsten Jahren nicht in Frage kommen. Verfüttere man Insekten als Proteinquelle an Nutztiere, benötige man zuvor hochwertiges Futter für die Insekten, das auch anderweitig genutzt werden könnte. Durch diese zusätzliche Stufe entstünden Transformationsverluste und Emissionen in höherem Ausmaß, als wenn das Futter direkt an die Nutztiere verfüttert worden wäre. Der Wissenschaftler sieht dennoch Potential für die zukünftige Nutzung von Insekten. Diese sollte sich nach seiner Auffassung aber vor allem auf solche Arten beziehen, die Biomasse verwerten können, die nicht als Futter für herkömmliche Nutztiere in Frage kommt.

Wachsende Nachfrage bei Ölsaaten

Bis 2050: Anbau und Produktion von Ölsaaten werden weltweit um 75% (im Vergleich zu 2005) steigen



Unter dem Strich hält es Dr. Balkhausen aber für nicht möglich, auch nur die Hälfte des importierten GVO-Sojas zu ersetzen. Ein Gegner sei er allerdings nicht, es gebe interessante Initiativen, die den Anbau von Alternativen stärken wollen. In 10 Jahren könnte der Anbau von Soja in Italien, Bayern oder Ungarn durchaus nennenswert sein. „Nur Deutschland ist einfach dafür kein Gunststandort“, so Balkhausen.

Der Grain Club ist ein Zusammenschluss von Verbänden aus der Agrarwirtschaft, zu dem auch der BVA gehört.

EU-Rapserte gleicht Versorgungsbilanz mit 21,8 Mio. t nicht aus

Die EU-Kommission weist für 2017 eine gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. t größere Rapserte von rund 21,8 Mio. t aus. Durch die größere Ernte und um eine Auslastung der Verarbeitungskapazitäten zu erreichen, steigt die Verarbeitung im Wirtschaftsjahr 2017/18 vermutlich um 3,4 % auf 24,1 Mio. t. Damit fehlen 2,3 Mio. t Raps für eine ausgeglichene Versorgungsbilanz. Im Vorjahr betrug die Lücke noch 3,2 Mio. t.

Die Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH erwartet daher einen Rückgang der Drittlandsimporte um 0,7 Mio. t auf 3,5 Mio. t sowie eine leichte Erhöhung der Vorräte um 6 Prozent auf 1,1 Mio. t. Das Erntepplus 2017 fußt auf günstigen

Witterungsbedingungen zur Aussaat und auf einem warmen und trockenen Frühsommer in weiten Teilen Nord- und Osteuropas.

Während die Erntefläche EU-weit um 2,7 % auf 6,7 Mio. ha gegenüber 2016/17 ausgeweitet wurde, stiegen die Erträge um 5,7 % auf 32,5 dt/ha deutlich stärker. In Frankreich, dem größten Rapsproduzent der EU-28, wurden mit 5,7 Mio. t rund 13,5 % mehr geerntet als im Vorjahr. Die Erträge legten im Schnitt um 25,2 % zu, während die Anbaufläche um 9,4 % zurückging. Auch in Polen, dem Vereinigten Königreich und Rumänien konnten die Erzeuger zwischen 20 und 30 % mehr Raps von den Äckern holen.

4.4. Erneuerbare Energien

Rentenbank: Förderkredite für erneuerbare Energien 2017 im Aufwind

Die Landwirtschaftliche Rentenbank in Frankfurt am Main verzeichnete im Geschäftsjahr 2017 eine anhaltend hohe Nachfrage nach ihren Förderdarlehen. Das Förderneugeschäft lag mit 11,9 Mrd. Euro nahezu wieder auf dem hohen Niveau des Vorjahres (12,4 Mrd. Euro). Das Neugeschäft mit Programmkrediten der Förderbank für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum erreichte 7,4 Mrd. Euro (7,7 Mrd. Euro). Finanzierungen für erneuerbare Energien legten besonders stark zu.

Das Neugeschäft in der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ zog 2017 kräftig um rund 23 % auf 2,4 Mrd. Euro (2016: 1,9 Mrd. Euro) an. Der größte Anteil entfiel dabei auf Finanzierungen von Windkraftanlagen. Hier stiegen die Neuzusagen um rund 14 % auf 1,7 Mrd. Euro. Während sich die Förderdarlehen für Fotovoltaik auf 225 Mio. Euro mehr als verdoppelten, erhöhte sich die Nachfrage für Finanzierungen von Biogasanlagen um ein Viertel auf 396 Mio. Euro.

Mit ihrer Fördersparte „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ richtet sich die Rentenbank an Betriebe, die der Landwirtschaft vor- und nachgelagert sind. Hier zog das Neugeschäft um rund 10 % auf 1,1 Mrd. Euro (954 Mio. Euro) an, wobei insbesondere der Finanzierungsbedarf für Maschinen zunahm. Das Neugeschäft in der Fördersparte „Landwirtschaft“ war dagegen rückläufig. Mit 2,2 Mrd. Euro lag es um rund 7 % unter dem Vorjahresniveau (2,4 Mrd. Euro). Ausschlaggebend hierfür war insbesondere ein rückläufiger Bedarf an Liquiditätssicherungsdarlehen aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Lage in der Agrarwirtschaft.

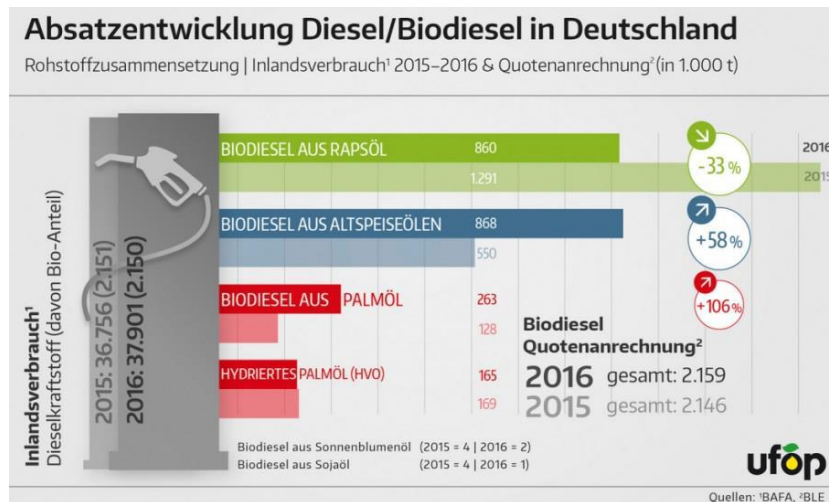
Weitere Informationen zu den einzelnen Sparten gib es in der Meldung der Landwirtschaftlichen Rentenbank.

Effiziente Treibhausgasreduzierung mit nachhaltigen Biokraftstoffen

Mit etwa 38 Mio. t erreichte der Dieserverbrauch im Jahr 2016 in Deutschland, vor allem konjunkturbedingt durch den steigenden Güterverkehr auf der Straße, einen neuen Rekordwert. Verbrauchsreduzierungen im Pkw-Sektor wurden hierdurch kompensiert. Eine sofort wirksame Reduzierung der Treibhausgasemissionen (THG) ist daher vorrangig nur über den Kraftstoff möglich. Nachhaltige Biokraftstoffe bieten hier mit einer durchschnittlichen THG-Einsparung von mehr als 70 % im Vergleich zu fossilem Diesel einen idealen Ansatz. Dennoch stagniert die Biokraftstoffmenge im Diesel bei etwa 2,15 Mio. t.

Ursache dafür ist die nach Angaben der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) gestiegene Effizienz der eingesetzten Rohstoffe bei der THG-Minderung. Die 2015 nur in Deutschland eingeführte „THG-Minderungspflicht“ hat dazu geführt, dass Unternehmen der Mineralölwirtschaft diese Verpflichtung mit immer weniger Biokraftstoffen erfüllen können.

Es hat ein Wettbewerb eingesetzt, die THG-Emissionen in der gesamten Biokraftstoff-Warenkette zu optimieren und zudem kosteneffizient zu produzieren. Dieser Ansatz einer verpflichtenden THG-Minderungsregelung müsste jetzt bei der Neufassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie auf EU-Ebene für alle Mitgliedsländer eingeführt werden, fordert die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP).



Gleichzeitig mahnt der Verband, dass bei der Auswahl der Rohstoffe für die Biodieselerstellung heimisches Rapsöl mit seiner nachvollziehbar nachhaltigen Erzeugung und der großen Bedeutung für die Bereitstellung von gentechnikfreiem Proteinfuttermittel, das bei der Ölproduktion anfällt, wieder stärker berücksichtigt werden sollte. Die zunehmende Verwendung von Palmöl bei der Produktion von Biokraftstoffen trägt aus Sicht der UFOP zu einer kritischen Beurteilung von Biokraftstoffen durch Verbraucher und Politik bei. Die differenzierte Betrachtung der Rohstoffarten und ihrer Herkünfte sei daher von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung des Biokraftstoffmarktes.

5. Transport, Logistik, Verkehr

Start der Förderperiode „De-minimis“ am 8. Januar 2018

Die Antragsfrist für die Förderperiode 2018 im Förderprogramm „De-minimis“ hat am 8. Januar 2018 begonnen und endet am 1. Oktober 2018. Zuwendungsberechtigt sind Unternehmen, die Güterkraftverkehr im Sinne des § 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) durchführen und Eigentümer oder Halter von in der Bundesrepublik Deutschland zum Verkehr auf öffentlichen Straßen zugelassenen schweren Nutzfahrzeugen sind. Die Fördermittel sind beim Bundesamt ausschließlich auf elektronischem Wege über das **eService-Portal** zu beantragen. Wie auch in den vergangenen Jahren können Unternehmen Zuschüsse für fahrzeugbezogene, personenbezogene Maßnahmen oder für Maßnahmen zur Effizienzsteigerung entsprechend der Anlage zu Nr. 2 der De-minimis-Förderrichtlinie (Maßnahmenkatalog) erhalten.

Förderperiode Ausbildung / Weiterbildung ab 15. Januar 2018

Für das Förderprogramm Ausbildung hat die Antragsfrist der Förderperiode 2018 am 15. Januar 2018 begonnen und endet am 31. Oktober 2018. Wie in den letzten Jahren erfolgt die Bearbeitung der Anträge in der Reihenfolge des Eingangs beim Bundesamt für Güterverkehr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Die Antragstellung erfolgt auf elektronischen Wege über das **eService-Portal**.

6. Sonstiges

Digitalisierung der Agrarwirtschaft: FDP stellt Antrag

Die Landwirtschaft soll vom technischen Fortschritt profitieren und nicht den Anschluss verlieren. Deshalb fordert die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag in einem Antrag (19/436) die Chancen der Digitalisierung für die Agrarwirtschaft zu nutzen. Im Einzelnen wird die Bundesregierung aufgefordert, eine entsprechende Strategie voranzutreiben. Bundesweit sollen einheitliche, maschinenlesbare und hochwertige Geo-,

Wetter- und Katasterdaten für die Landwirtschaft, die Maschinenringe und die Lohnunternehmen kostengünstig, möglichst kostenlos, zur Verfügung gestellt werden. Die Möglichkeiten für den Einsatz von Drohnen in der Landwirtschaft sollen nicht unangemessen eingeschränkt werden, heißt es weiter.

Zentral sei die Entwicklung von Standardschnittstellen für eine Datenübertragung zwischen Maschinen, technischen Einrichtungen, Datenanbietern und Datenmanagementsystemen sowie die Entwicklung von Anwendungen zur Auswertung und Weiterverwendung großer Datenmengen. Ferner solle sich die Regierung für eine wirkungsvollere Start-up-Förderung einsetzen und universitäre Unternehmensgründungen erleichtern.

Der durch die Digitalisierung beschleunigte Strukturwandel in der Landwirtschaft solle unterstützt und abgefedert werden. Wichtig sei sowohl die Verfügbarkeit schneller Breitbandanschlüsse als auch eine leistungsfähige mobile Netzabdeckung.

7. Veranstaltungen

Verbandsveranstaltungen 2018 (wird weiter aktualisiert)

07./08.03.2018	BLU-Bundesversammlung
13.03.2018	Präsidiumssitzung
April	GF-Beratung Nordost
23.05.2018	GF-Beratung Sachsen/Thüringen
06.06.2018	BVA-Mitgliederversammlung
19.06.2018	FA Getreide/Ölfrüchte
21./22.06.2018	AK Nachwuchskräfte in M-V
01./02.09.2018	Wochenendveranstaltung Spreewald
26. – 29.09.2018	Unternehmerreise Schweden
Oktober	LU-Exkursion
November	GF-Beratungen Sachsen/Thüringen und Nordost
13.11.2018	Präsidiumssitzung
24./25.11.2018	Jahresabschlussveranstaltung Halle/S.
04./05.12.2018	DeLuTa Bremen

Veranstaltungen der Burg Warberg

Das Programm der Seminare der Burg Warberg können Sie, nach Monaten gegliedert, unter dem Link <https://burg-warberg.de/cms/bundeslehranstalt/seminare/> einsehen.

Die Handelstage der Burg erreichen Sie unter <https://burg-warberg.de/cms/bundeslehranstalt/handelstage/>. Über diese Links können Sie sich für die Veranstaltungen anmelden und auch Übernachtungen buchen.

Weitere Veranstaltungen

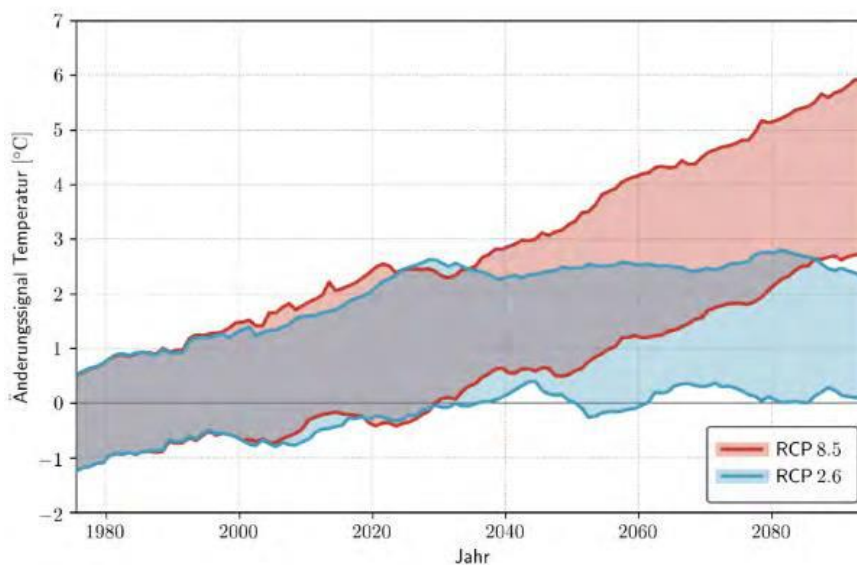
15./16.05.2018	Saatguthandelstag Magdeburg
12./13.06.2018	Getreidehandelstag Burg Warberg
13. – 16.09.2018	Mecklenburgische Landwirtschaftsausstellung, Güstrow
21. - 23.09.2018	Grüne Tage Thüringen (mit Verbandsbeteiligung)

LITERATURTIPPS

Ergebnisbericht Uni Hohenheim: Regionaler Klimawandel – Agrarlandschaften verändern sich

Führende Klimaforscher in Deutschland, darunter Forscher der Uni Hohenheim, haben erstmals aktuelle belastbare Klimaprojektionen für Deutschland und die Flusseinzugsgebiete vor-gestellt. Demnach erwarten sie heiße und trockene Sommer, milde und feuchte Winter. Die Klimaforscher der Universität Hohenheim in Stuttgart und ihre Projektpartner rechnen mit deutlichen Veränderungen, sofern von Seiten des Klimaschutzes keine Maßnahmen greifen.

Das Projekt liefert erstmals aktuelle und belastbare Aussagen über die Bandbreite der mittleren Änderungen und der Extreme der zukünftigen Klimaentwicklung in Deutschland sowie den Einzugsgebieten der großen nach Deutschland entwässernden Flüsse für die Klimafolgenforschung und Politikberatung.



Zeitlicher Verlauf der Jahresmitteltemperaturänderung in den Szenarios RCP8.5 (rot) und RCP2.6. Rot steht für die Entwicklung wie bisher und blau für die Einhaltung der Klimaschutzziele. Quelle: Ergebnisbericht Regionale Klimaprojektionen Ensemble für Deutschland, Abb. 5.1

Temperatur: Massiver Anstieg der Mittelwerte und mehr Hitzeperioden

Im Klimaschutz-Szenario, so die Rechenmodelle der Forscher, würde die Erwärmung im 21. Jahrhundert nur rund 1 °C betragen. Doch mit einem Weiter-wie-bisher-Szenario steigt die Jahresmitteltemperatur um fast 4 °C. Hitzeperioden nehmen zu, Kälteperioden dagegen nehmen ab oder bleiben ganz aus.

Durch die höheren Temperaturen kommt der Niederschlag im Winter vermehrt als Regen statt als Schnee auf die Erde. Schnee dient aber als Speicher, der bei der Schneeschmelze im Frühjahr die Grundwasservorräte auffüllt, Regen dagegen wird rasch in die Meere abgeführt. Nach Einschätzung der Hohenheimer Projektmitarbeiterin Dr. Viktoria Mohr „müssen wir uns auf mehr Hochwasser im Winter einstellen und darauf hoffen, dass die Grundwasservorräte zurückgehen.“

Im Sommer soll es dagegen trockener werden, es wird häufiger mit mehr Tagen in Folge ganz ohne Niederschlag zu rechnen sein. Besonders die Anzahl der Perioden mit mehr als 14 Tagen ohne Regen soll zunehmen. Regional betrachtet soll im Sommer Baden-Württemberg zum Hotspot werden. Schräg durch Deutschland soll sich nach den Modellrechnungen der Klimaforscher ein Gradient herausbilden. Der Südwesten wird demnach wesentlich trockener sein als heute, der Nordosten zeigt dagegen kaum Veränderungen.

Das Studienprojekt mit dem Titel „Regionale Klimaprojektionen: Ensemble für Deutschland“ (ReKliEs-De) geht auf eine Initiative von Bundesländern zurück und wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit drei Mio. Euro.

Warenkunde Getreide



Anbau, Handel und Verarbeitung von Getreide erfordern eine solide Kenntnis dieses weltweit so wichtigen Rohstoffs. Das Buch Warenkunde Getreide stellt, die gesamte Getreidewirtschaftskette mit all ihren Besonderheiten und Erfordernissen dar, vom Anbau, der Züchtung, über die Reinigung, Belüftung, Trocknung und Lagerung des Ernteguts, die Analytik der Inhaltsstoffe, die Be- und Verarbeitung, vor allem in Mühle und Backbetrieb, bis schließlich zur Nutzung in der menschlichen Ernährung, Tierfütterung und als Industrierohstoff.

Die vorliegende Ausgabe richtet sich an alle in Landwirtschaft, Handel und Verarbeitung, die sich in Ausbildung und Beruf tagtäglich professionell mit Getreide beschäftigen.

Das Buch mit der ISBN: 3-86263-003-5, umfasst 576 Seiten im Hardcoverformat, ist im Erling-Verlag erschienen und kann hier für 49,90 Euro online bestellt werden.

Pflanzenschutz-Kontrolle: Jahresbericht 2016



Der Jahresbericht 2016 des „Pflanzenschutz-Kontrollprogramms“ ist erschienen und auf der Internetseite des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) abrufbar. Vorrangiges Ziel der Behörden ist die Einhaltung pflanzenschutzrechtlicher Vorschriften beim Inverkehrbringen und bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Pflanzenschutzgeräten. Aus den Ergebnissen des Kontrollprogramms werden zudem Rückschlüsse auf zukünftige Schwerpunkte bei Aufklärung und Beratung gezogen und ermittelt, ob die bestehende Rechtsgrundlagen angepasst werden müssen.

Unter der Geschäftsführung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) arbeitet die Arbeitsgemeinschaft Pflanzenschutzmittelkontrolle (AG PMK) mit Fachleuten der Länder die Empfehlungen für solche Standards in Form eines Handbuchs aus und koordiniert das Kontrollprogramm. Das Handbuch Pflanzenschutz-Kontrollprogramm beinhaltet Informationen über die verschiedenen Rechtsgrundlagen und Kontrollbereiche, Vorgaben zu den einzelnen Prüftatbeständen, Aussagen zum Kontrollumfang und Hinweise zur Berichterstattung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Verbandsgeschäftsführung